

GESUNDHEITSAUSSCHUSS | Impfbusse, Freiheiten für Pflegeheime, Ausgangssperren: Landtagsabgeordnete diskutieren kontrovers über Pandemiemaßnahmen

# Hühner- und Omnibusanträge

Angesichts der Fülle an Anträgen und Petitionen, die die Corona-Pandemie mit sich bringt, kommt der Gesundheitsausschuss auch in der für die Abgeordneten eigentlich sitzungsfreien Woche zusammen. Die Opposition ärgert vor allem, dass es noch keine neuen Regeln für Besuche in den Seniorenheimen gibt.

Fast ausschließlich mit der Pandemie beschäftigte sich der Gesundheitsausschuss in seiner dreieinhalbstündigen Sitzung am Dienstag. Zumindest schienen die üblichen Themen alle vom Virus infiziert zu sein. Da hat ein Antrag der beiden Regierungsfractionen die Stärkung der bayerischen Kurorte und Heilbäder zum Ziel und stellt sowohl hinsichtlich Vor- als auch Nachsorge einen Zusammenhang mit der Pandemie her. Dabei wird begrüßt, dass es im Bundesgesundheitsministerium Pläne gibt, die „offene“, das heißt ambulante Badekur wieder zur Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen zu machen. Wasser treten gegen Covid-19? Auf keinen Fall verkehrt, meint der

auch die Skeptiker\*innen, der Antrag mit dem Titel „Eigenverantwortung und Prävention stärken“ wurde einstimmig angenommen.

Je ein Antrag von SPD und Grünen fragt nach den in Aussicht gestellten Impfbussen, mit denen Personen mit Mobilitätseinschränkung zu Impfstellen transportiert werden sollen. Christina Haubrich (Grüne) erklärte, in ihrem Landkreis sei „das Impfzentrum mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar“, was sicher öfter vorkomme. Ruth Waldmann (SPD) stellte eine Reihe von Detailfragen in den Raum: Wie viele solcher Busse sollen bereitgestellt werden? Wer hat Anspruch darauf? Dürfen auch Hilfspersonen mitfahren? Warten die Busse, bis die Fahrgäste alle geimpft sind (was im Fall des Falles schon mal ein paar Stunden dauern könne), und bringen sie alle wieder zurück?



Ruth Waldmann (SPD), Vizevorsitzende des Petitionsausschusses im Landtag. FOTO: BSZ

Antrag: „In Bayern als Land von Sebastian Kneipp“ stellten Kurorte und Heilbäder „einen bedeutenden Baustein für ein gesundes Leben“ dar.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ruth Waldmann (SPD) fand den Antrag „ehrlich gesagt nicht sehr gehaltvoll“, zumal sein zweiter Teil, spezielle Rehakonzepte zur Nachsorge von Corona-Patienten zu entwickeln, bereits vom Landtag beschlossen sei. Der Antrag enthalte „nichts Neues“, hielt Waldmann der CSU und den Freien Wählern vor: „Das ist ein Hühnerantrag, der nur begackert, was längst gelegt wurde.“ Die SPD werde ihm dennoch zustimmen, „mit etwas Bauchschmerzen, weil man so viele Eier nicht verdauen kann“.

Diesen Einwand versuchte Dominik Spitzer (FDP) mit dem Hinweis zu entkräften, dass Ostern vor der Tür stehe: „Da kann man schon ein paar Eier vertragen.“ Das überzeugte offensichtlich

## FDP mit ausuferndem Maßnahmenkatalog

Dominik Spitzer (FDP) bescheinigte der Regierungspolitik in dem Zusammenhang, der Bürokratie den Vorzug zu geben und den Pragmatismus hintanzustellen. Man könne es kaum erwarten, bis jetzt endlich auch die niedergelassenen Ärzte gegen Covid-19 impfen dürften, sagte der einzige Allgemeinmediziner im Ausschuss. Während der SPD-Antrag nach einer von Susann Enders (FW) vorgeschlagenen Formulierungsänderung einstimmig angenommen wurde, wurde der Antrag der Grünen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht als Impfbus, aber als „echten Omnibus“ bezeichnete Marcel Huber (CSU) einen FDP-Antrag, der von der Staatsregierung nicht weniger als 14 Einzelmaßnahmen fordert, die noch einmal 17 untergeordnete Maßnahmen enthalten. Der Katalog der Forderungen reicht von der „professionellen Digitalisierung der Gesundheitsämter“ bis zur „Einbeziehung von Hausärzten und Betriebsmedizinern bei der



Hoffen auf bessere Zeiten und mehr Besuch: Aktuell darf nur eine Einzelperson zu Menschen in Pflegeheimen kommen.

FOTO: DPA/FEDERICO GAMBARINI

Durchimpfung der Gesellschaft“. Der einzelne Antrag enthält mehr Forderungen als alle anderen in der Sitzung behandelten Anträge zusammengenommen. Er ähnelt damit eher einem Regierungsprogramm für die Pandemie und ist als Oppositionsantrag schlicht zu viel des Guten, wie auch Dominik Spitzer (FDP) einräumte. Der Antrag wurde als unpraktikabel für erledigt erklärt.

Von drei inhaltlich zusammenhängenden FDP-Anträgen wurden zwei als überholt erklärt, die die Ausgangs- und Kontaktbeschränkung für zu rigoros hielten. Beim dritten geht es gegen die (mittlerweile nur noch regional gültige) nächtliche Ausgangssperre, und da ergaben sich ungewohnte Koalitionen. Während Ruth Waldmann (SPD) sich dem FDP-Antrag anschloss, da die nächtliche Ausgangssperre eine zu drastische Einschränkung der Freiheitsrechte sei, die Kontaktbeschränkungen zudem ausreichten, und auch Roland Magerl (AfD) ins gleiche Horn stieß, stellten sich die Grünen hinter die Söder-Aiwanger-Regierung.

Die gleichen Frontlinien zeigten sich bei der Behandlung einer Petition, in der es um eine Beschwerde ging, weil jemand Ende Dezember von der Polizei dafür gemahnt worden war, dass er außerhalb des Hauses eine Zigarette geraucht hatte. Während Marcel Huber (CSU) den Fall heranzog, dass sich vor einem Wohnblock hundert Parteien zum Rauchen vor der Haustür trafen, widersprach Dominik Spitzer dieser Gleichsetzung: „Das seh ich anders. Bei einer Gruppenbildung vor einem Hochhaus greift ja die Kontaktbeschränkung.“ Da brauche es keine Ausgangssperre. Die Petition wurde mit den Stimmen von CSU, FW und Grünen abgelehnt, während SPD, FDP und AfD Verständnis für sie bekundeten.

Noch kontroverser wurde es bei dem nachfolgenden FDP-Antrag, der „mehr Freiheit für durchgeimpfte Pflegeeinrichtungen“ fordert. Helmut Radlmeier (CSU) versuchte, dem Antrag mit dem Hinweis, die Gesundheitsministerkonferenz habe dies schon in Aussicht gestellt, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Doch

Ruth Waldmann (SPD) sah das genau andersrum. Obwohl der Gesundheitsminister eben das versprochen habe, stehe in der aktuellen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung immer noch, dass nur eine Person als Besucher in Altersheimen erlaubt sei. „Dann kommt nix, das ist echt ein starkes Stück“, empörte sich Waldmann.

## Pflegeheime sind nahezu durchgeimpft

Auch Kerstin Celina (Grüne) fand, man könne den FDP-Antrag „nur unterstützen“. Der Ethikrat habe bereits am 4. Februar eine entsprechende Empfehlung abgegeben. Es gehe nicht, „nur nach außen zu reden, aber nach innen nichts zu tun“. Roland Magerl (AfD) nannte den FDP-Antrag einen „klaren Aufruf ans Kabinett, schnell zu handeln, um die Vereinsamung der Alten zu beenden“. Doch auch nachdem Dominik Spitzer (FDP) noch einmal an die Koalition appelliert hatte („Versprochen ist versprochen!“), wur-

de der Antrag mit den Stimmen von CSU und FW abgelehnt.

Keinerlei Zustimmung aus anderen Fraktionen erhielt Roland Magerl mit seinen AfD-Anträgen, etwa dem, das Inzidenz-Modell im Kampf gegen multiresistente Erreger zu übernehmen. Barbara Becker (CSU) zitierte aus diesem Antrag den ihrer Meinung nach „besonders charmanten“ Satz, „dass die Steuerung von Infektionsgeschehen über Inzidenzwerte zwar völlig sinnfrei ist, aber dennoch allgemein gut akzeptiert wird“.

Ähnlich war es mit dem AfD-Antrag, „Personen mit Covid-19-Antikörperstatus Geimpften gleichzustellen“, der von Redner\*innen von CSU, FDP, SPD und Grünen als nicht fundiert abgelehnt wurde. Auf Nachfrage legte Magerl das Bekenntnis ab: „Es ist nicht so, dass ich ein absoluter Impfgegner bin, ich bin auch kein Aluhutträger.“ Aber man müsse das Impfen jedem selber überlassen. Zumindest mit dieser Aussage Magerls rannte die AfD beim Rest des Ausschusses offene Türen ein. > FLORIAN SENDTNER